

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspresse: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postfachkonto, Nr. 23884
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die dreispaltige Mittelzeile über dem Raum 0,90 Mk., darunter 1,00 Mk. Seiten- und Wohnungsanzeiger Familienanzeigen, Berechnung und Berechnungsmittelungen 0,50 Mk. Kleinteile: Die Mittelzeile, dreispaltig oder deren Raum, hinter Text 0,50 Mk.

Proletarier, verhindert alle Maßnahmen der Reaktion gegen Sowjet-Rußland!

Der polnisch-russische Krieg.

Ebert hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet, und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für Deutschland im Falle und für Deutsche im Auslande die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.“

Durch diese Erklärung wird sich aber die internationale offizielle und inoffizielle Konterrevolution, die in Deutschland ihre Hauptzentrale hat, nicht beirren lassen, Maßnahmen gegen Sowjetrußland zu treffen. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet:

„Seit mehreren Tagen hält sich in Berlin Burzew auf, der frühere Sozialrevolutionär und gegenwärtige Helfershelfer eines jeden gegen die russische Sowjetrepublik gerichteten gegenrevolutionären Abenteurers, von Koltshat und Demkin bis Pilsudski und Oberst Wrangel. Herr Burzew, der im Hotel Continental wohnt, hat hier wiederholt mit hohen deutschen Militärs konferiert. Es ist offensichtlich, welchem Zweck allein der Aufenthalt Burzews in Berlin und seine Besprechungen mit deutschen militärischen Stellen dienen können.“

Gleichzeitig teilt die Moskauer „Pravda“ mit, daß Oberst Wrangel, der Vertreter der „deutschen Orientierung“ der russischen Gegenrevolution, in ständiger Verbindung mit deutschen militärischen Stellen steht, und daß Wrangels Vertreter in Berlin unter Teilnahme des ehemaligen Hetmans Skoropadski und des Generals Krasnow mit hohen deutschen Militärs verhandelt haben.

Hand in Hand mit diesen Verhandlungen, die der deutschen Regierung, wenn sie nicht in ihrem Auftrag erfolgt sein sollten, zum mindesten nicht unbekannt geblieben sein können, gehen höchst geheimnisvolle Versuche, deutsche Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände in sonderbarer Weise dem Zugriff der Entente zu entziehen. Es wird darauf hingearbeitet, sie der russischen Gegenrevolution noch rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.“

Unter der Lizenz der Gantzen werden Handzettel verteilt, die zur Bildung eines neuen Freiwilligen gegen die Bolschewisten auffordern. Anderswo wird wohl ähnlich gearbeitet.

Ueber die Boykottschafft Polen (die ehemals preussische Provinz Posen) ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Kommunisten in Polen werden in der inausfern Weise verfolgt.

Ueber die Antwort der Sowjetregierung auf die Waffenstillstandsverträge Lloyd Georges berichtet die bürgerliche Presse, daß die bolschewistische Regierung sich weigere, an der Konferenz in London teilzunehmen, weil England nicht unparteiisch sei. Ferner haben sie Bedenken gegen die Zulassung von Delegierten der Diktatorstaaten zu der Konferenz, da Sowjetrußland mit diesen Staaten bereits Frieden geschlossen habe. Moskau weigere sich auch, einige Bedingungen betr. die Streitkräfte des Generals Wrangel und die Flüchtlinge in Südrußland anzunehmen und verlange die bedingungslose

Kapitulation Wrangels. Der Ton der Antwort sei jarkassisch und offenbar darauf berechnet, Uneinigkeit zwischen den Alliierten und Polen hervorzurufen. —

Trotsky machte in der Petersburger „Pravda“ nähere Mitteilung über die Befehlsverhältnisse in der Roten Armee. Der oberste Befehlshaber ist Kaminew, sein Generalstabschef Lebedew. Die Westarmee wird von dem Revolutionsgeneral Tuchschewitsch geführt, der 24 Jahre alt ist. Der Führer der Reiterarmee in der Ukraine ist Budjenni, der in der Zarenarmee Unteroffizier war und sich als Armeebefehlshaber in den Kämpfen gegen Koltshat und Demkin einen Namen gemacht hat. Oberbefehlshaber an der Südwestfront ist der frühere Oberstleutnant Jegorow. Trotsky hebt ausdrücklich hervor, daß in der bolschewistischen Armee keine deutschen Offiziere dienen.

Die „Umformung“ der Sipo.

Ueber die Maßnahmen zur Umformung der Sicherheitswehr meldet die „S. P.“, daß die Sicherheitspolizei die Maschinenwaffe solange behalten wird, als sich noch im Besitz der „aufseherischen Elemente“ in der Bevölkerung Maschinenwaffen befinden. Die Kasernierung soll aufrechterhalten bleiben, da sie im Falle von Unruhen von entscheidender Wichtigkeit ist. Im übrigen aber soll die Sicherheitspolizei jedes Charakters einer militärischen Truppe entkleidet werden. Die Stäbe sollen aufgelöst werden. Es werden lediglich Abteilungen für die Sicherheitspolizei bei den Oberpräsidenten eingerichtet werden. Die Offiziere werden die Bezeichnung Polizeioberst, Polizeihauptmann und Polizeileutnant führen. Die Sicherheitspolizei wird sich also von der Wohlfahrtspolizei in Zukunft nur dadurch unterscheiden, daß sie entsprechend ihrer Aufgabe mit Gewehr bewaffnet sein und für außerordentliche Fälle auch Maschinenwaffen zur Verfügung haben wird. — Es hat sich nichts geändert!

Die „Auflösung“ der Einwohnerwehren.

Aus München wird in einer Meldung hochheilig versichert:

Entgegen anderslautenden Meldungen hat die bayerische Staatsregierung bis Sonnabend abend keinen Befehl zur Auflösung der Einwohnerwehren gegeben. Die bayerische Regierung lehnt nach wie vor diese Auflösung, die von der Reichsregierung gefordert wird, ab.

Die Schuldfrage.

Wie der Krieg verlängert und Amerika in ihn hineingezogen wurde.

Der Bericht des zweiten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses über die Friedensaktion Wilsons 1916/17 ist jetzt erschienen. Er ist von dem Rechtssozialisten Dr. Singsheimer entworfen und in einzelnen Teilen von dem Untersuchungsausschuß abgeändert.

Der Bericht kommt zu folgendem Schluß:

1. In der durch die Friedensaktion Wilsons im Winter 1916/17 geschaffenen Gesamtlage waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß es möglich sei, zu Friedensbesprechungen zu gelangen. Die Reichsregierung hat diese Möglichkeiten nicht ausgenutzt.
2. Die Gründe dafür, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, liegen in dem Beschluß über die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges vom 9. Januar 1917.

Die Uebertagarbeiter in den staatlichen Zechen in Essen sind in den Streik getreten.

In Rheinland-Westfalen

werden in Kürze zahlreiche Betriebe stillgelegt. Die Krise (Wirtschaftslage) nimmt also eine immer größere Ausdehnung an.

Das Wiederaufbauministerium

soll, wie gemeldet wird, mit dem Direktor der Augsburg-Nürnberg-Maschinen A.-G. Kommerzienrat Guggenheimer besetzt werden. Herr Guggenheimer ist als kapitalistischer Sachverständiger bekannt.

Mobilmachung in Rumänien.

Aus Bukarest wird gemeldet: Ein Regierungserlaß ordnet die Mobilmachung aller Jahrgänge bis zum 33. Lebensjahre an.

Diese Mobilmachung richtet sich gegen Sowjetrußland.

Sowjetrußland und Armenien.

Da die armenische Regierung dem Ultimatum der Moskauer Regierung keine Folge gegeben hat, belam die 11. bolschewistische Armee den Befehl vorzurücken; sie hat bereits die Provinz Karabag besetzt. Das Ziel dieser Operationen ist die Vereinigung mit den nationalistischen Streitkräften Mustafa Kemals.

Proletarier-Kongreß in Baku.

Das Exekutivkomitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertragen hat, hat die Vertreter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei auf den 15. August d. J. zu einem Kongreß nach Baku eingeladen.

In Mesopotamien

sind heftige Kämpfe zwischen den Engländern und den Aufständischen entbrannt. — Die imperialistische Beute ist eben nicht so leicht unter den Hut zu bringen.

Generalstreik für Irland.

Ein zur Erörterung der irischen Frage nach London einberufener Kongreß der englischen Gewerkschaften hat nach sehr eingehender Debatte beschlossen, daß ein Generalstreik erklärt werden soll, wenn die Regierung sich weigere, die Truppen aus Irland herauszuziehen und nicht aufhöre, Munition für die Bekämpfung Irlands und Rußlands herzustellen. Weiter verlangte der Kongreß, daß in Irland ein Waffenstillstand vereinbart und ein Parlament mit den Machtvollkommenheiten der Parlamente in den Dominions errichtet werden solle. Die Ausführung des Beschlusses bleibt den angeschlossenen Verbänden überlassen. Die Entscheidung wurde mit 2 760 000 gegen 1 636 000 Stimmen angenommen. In dieser Woche tritt das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften zusammen, um die Beschlüsse des Kongresses zur Durchführung zu bringen.

Reichsrat und Kapp-Putsch.

Dokumentarische Feststellungen.

I.

Die höchst eigenartigen Beziehungen zwischen der am 13. März geflohenen „verfassungsmäßigen“ Regierung und den in Berlin residierenden Kapp-Banden sind bereits des öfteren beleuchtet worden. Während Herr Ebert und seine Getreuen sich als Reichsregierung gesehen, war Herr Schiffer, im alten Koalitionskabinett Reichsjustizminister und Vizekanzler, in Berlin geblieben; er „trotzte“ den Kappisten, das heißt, er knüpfte Verhandlungen mit ihnen an und war bemüht, sich durch friedlichen Vergleich mit den Kapp, Lütkwitz und Ehrhardt auseinanderzusetzen. Herr Schiffer

war aber nicht allein in dieser Richtung tätig, sondern außerdem und wehr noch, der Reichsrat hat, was bisher weniger bekannt war, in jenen bemoeten Tagen in Berlin zahlreiche Sitzungen abgehalten, Beschlüsse von einschneidender Bedeutung gefaßt. An den Sitzungen des Reichsrates nahm nur ein Teil seiner ordentlichen Mitglieder teil, die geflohenen Minister waren durch die Unterstaatssekretäre vertreten, deren Tätigkeit ganz besonderer Beachtung wert. Es muß besonders die Legende zerstört werden, als ob der „Streik“ der Unterstaatssekretäre den Sturz der Kapp-Regierung herbeigeführt hätte.

Durch Studium eines sorgfältig geführten Protokollbuches eines stellvertretenden Mitgliedes zum Reichsrat von dessen Sitzungen während des Kapp-Putsches, worin die Ausführungen jedes Redners mit fast wörtlicher Treue festgehalten sind, können wir folgendes feststellen:

1. daß die gesamte Regierung und ihr Anhang viel mehr noch als Kapp den Bolschewismus fürchteten;
2. daß Mitglieder des Reichsrates und Unterstaatssekretäre, nachdem der Generalstreik und die Aktion des revolutionären Proletariats ihre volle Wirkung taten, nichts

Wirtschaft?

(Schluß.)

D. Li. Es ist schon früher an dieser Stelle mehrfach ausgiebig gelagt worden, daß die Regierung der deutschen Kapitalistenrepublik das ganze Finanz- (Wirtschafts-) Problem durch die sehr einfache, aber sehr üble, bankrotverschleiende Methode intensiver Anspannung der Reichsnotenpresse zu lösen sich einbildet. Daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil. Unter dem Geßel des Herrn Fejrenbach und seiner Regierungs-Gehilfen wird genau so wie darauf losgedrückt wie in den Tagen der Regierungsklasse seiner kapitalsergebenden Vorgänger (wenn auch das Regime der Herren Fejrenbach und Gebrüder erst kurze Zeit dauert.) Vermehrte Notenausgabe aber heißt Weitersinken des Notenwertes — Waren-Preisaufblähung. Man prüfe die Ausweise der Reichsbank. Am 10. Juli schrieb der „Vorwärts“ zum Reichsbankausweis vom 30. Juni:

„Der am 30. Juni abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt namentlich infolge großer Inanspruchnahme von seiten des Reichs ein ungeheures Anschwellen der Anlagelkonten. Auch der Bedarf an Zahlungsmitteln war in der Berichtswoche ungemein stark und weitaus größer als je zuvor. Der Grund für diese ungünstige Gestaltung dürfte neben den an dieser Stelle schon öfters erörterten Ursachen nur darin zu suchen sein, daß die Steuererträge viele Leute bezogen haben, sich erhebliche Geldbeträge über den Termin hinzulegen. Während an papierernen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnslassen-scheine) in der letzten Juniwoche des Jahres 1918 1 192,3 Millionen in den Verkehr abströmen, betrug die diesmalige Ausdehnung des Umlaufs an diesen Geldzeichen 2 666,8 Millionen Mk. Im einzelnen nahm der Banknotenlauf auf 53 975,1 Millionen Mk. zu und der Umlauf an Darlehnslassen-scheinen auf 13 633,3 Millionen Mk. Die Vorräte an Gold- und Scheidemünzen sind wie üblich, fast unverändert geblieben. Bei den Darlehnslassen wuchs die Summe der ausstehenden Darlehen erheblich, und zwar um 1 990,5 Millionen Mk. auf 30 947,1 Millionen Mk. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnslassen-scheinen floß der Reichsbank zu.“

In einer einzigen Berichtswoche sind demnach nicht weniger als 2 666 800 000 Mk., also fast 2 2/3 Milliarden Noten (Banknoten und Darlehnslassen-scheine) in Umlauf gekommen. — Der Ausweis der Reichsbank für die erste Juliwoche: An Banknoten mußten 70,1 Millionen Mk. neu in den Verkehr geleitet werden, so daß deren Umlauf am 7. Juli 54 045,2 Millionen Mk. betrug. Die Refordziffern werden tatsächlich immer fabelhafter. Natürlich sind diese Methoden nicht geeignet, die Verhältnisse zur Befundung zu bringen. Sie verschlimmern sich, solange das kapitalistische System in Geltung ist, denn nur eine Kapitalkur, der völlige Bruch mit der bis jetzt geübten miserablen Praxis kann den Wirtschaftsumschwung entwerfen und die Grundlage zum allgemeinen Aufstieg der in die Barbarei zurückgefallenen menschlichen Gesellschaft schaffen. Die Wirtschaft muß den Klauen des Privatbesitzes, des egoistischen Profitstrebens, der Anarchie, entzogen werden, sonst gibt es nur Elend, aber keine Rettung: Sozialisierung der Produktionsmittel, Regelung der Konsumtion; Sozialisierung der großen Vermögen, Annullierung der Kriegsanleihen bei Schonung der kleineren Beträge — Planwirtschaft. Nur die Verwirklichung dieses Programms, das geschichtlich begründet ist und sich aus den Verhältnissen ganz klar ergibt, kann das fürchterliche Wirtschaftschaos, in dem Deutschland mit jedem Tage schlimmer versinkt, entläuteln.

Das Proletariat (als der leidende, revolutionäre Teil — historisch bedingt) ist dazu berufen, den Dingen die notwendige Wendung zu geben. Aber die Voraussetzung zur ökonomischen Umformung, zur Planwirtschaft, zum kulturellen Aufstieg (sozial und individuell) liegt im Besitz der politischen,

*) Siehe letzte Sonnabend-Nummer der „Schles. Arbeiter-Zeitg.“ und vorhergehende.

der Bewegung von seinem Standpunkte aus gegeben und der alten Regierung vorgeworfen, daß sie auf die Herabminderung des Heeres auf 200 000 Mann hingewirkt habe. Der General habe die Lage sehr optimistisch geschilbert; die neue Regierung habe den Osten und das Ruhrgebiet in ihrer Hand, auch General v. Watter stehe hinter ihr. Ungünstig sehe es in Hamburg und Chemnitz, aber im großen und ganzen sehe diese hinter der neuen Regierung. Der Streiklust glaube Lüttich ebenfalls bald Herr werden zu können.

Nach Weggang des Herrn v. Lüttich hätten die beiden Offiziere namentlich auf den Punkt der Amnestie hingewiesen. Die Abgeordneten erklärten darauf, v. Lüttich könne verschwinden und die Offiziere und Mannschaften würden wohl als durch die militärischen Befehle der Vorgesetzten gedeckt angesehen werden können, dadurch, daß zurzeit die Posten der Minister Erzberger und Mayer frei seien und der Posten Postes wohl frei würde, beständen Möglichkeiten, Fachminister hereinzunehmen.

Der Staat.

Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die Verwirklichung der Idee oder das im Philosophischen übersehene Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubige Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Schöden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig schänen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Uebel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, nicht umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht insatunde sein wird, den ganzen Staatswunder von sich abzutun.

Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schreden geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herrrn, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.

London, am zwanzigsten Jahrestag der Pariser Kommune, 18. März, 1891 Friedrich Engels.

Der „Kampf“ der Unterstaatssekretäre gegen die Kappisten bestand also in folgendem: Ermunterung an Lüttich zur Flucht, Dedung der meuternden Offiziere und Mannschaften durch die militärischen Befehle, Vereinnahmung von Fachministern an die Stellen von Erzberger, Mayer und Postes, für letzteren natürlich einen General. Um diese Bewilligungen der Herren Lenz und Genossen hat die Dummheit bisher nichts gewußt; es ist gut, daß sie es nunmehr erfährt. Unterstaatssekretär Lenz teilte dann weiter mit, daß der Abg. Gehrm folgendem Vorschlag gemacht habe: Es müsse ein Ausweg gefunden werden. Die Offiziere seien durch die Befehle der Vorgesetzten gedeckt. Kapp und Lüttich sollten eine Proklamation erlassen des Inhalts: Nachdem sie die Sicherheit gewonnen, daß in wenigen Wochen Neuwahlen zum Parlament stattfinden und daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk erfolgen solle, seien sie zurückgetreten und hätten die vollziehende Gewalt der gesetzlichen Regierung zu Händen des Ministers Schiffer und das Kommando der Truppen an den General Reinhardt zurückgegeben.

wie die Kapitalisten auch Widerstand leisten. Diesen Widerstand wird man brechen müssen, und wenn der unsterblich-naive Minister Pischke noch im Juni 1917 wie ein wahrer „Staats-Sängling“ geschwätzt hat, daß der kapitalistische Widerstand gebrochen wäre, so wird das Proletariat diese lächerliche Phrase in die Wirklichkeit umsetzen. Das können wir wohl durchführen, weil es sich darum handelt, den Widerstand einer verschwindenden Minderheit der Bevölkerung zu brechen, eines kleinen Häufchens von Menschen, über die von den Angehörigen und Arbeitergewerkschaften eine dauerliche Ueberwachung einsetzt wird, daß jeder „Kommunismus“ eingedrückt sein wird, wie der Franzose bei Sedan. Diese Kommunismen können wir namentlich, es genügt die Bezugsliste der Direktoren, Aufsichtsräte, Kassiere usw. zur Hand zu nehmen. Denn sind einige Hundert, höchstens einige Tausend auf ganz Rußland. Der proletarische Staat mit seinem Apparat der Sowjets, Gewerkschaften usw. ist imstande, hinter jeden hundert Kommunisten zu stellen, so daß es gelingen könnte, anstatt des „Brechens des Widerstandes“ durch die Arbeiter-Kontrolle jeden Widerstand der Kapitalisten unmöglich zu machen. Nicht um die Beschlagnahme des Vermögens der Kapitalisten wird es sich handeln, sondern eben um die breite, das ganze Volk umfassende Arbeiter-Kontrolle der Kapitalisten und deren Anseher. Mit der Beschlagnahme allein kann man nichts erreichen, weil hier das Element der Organisation und die Möglichkeit der richtigen Verteilung fehlt. Die Konfiskation werden wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer erreichen, wobei wir für die Unmöglichkeit der Steuerpflicht und Umgehens der Steuer sorgen werden. Und das wird möglich sein durch die Arbeiter-Kontrolle eines Arbeiter-Staates. Die Zwangs-Syndizierung, d. h. die zwangsweise Einbindung ganzer Industriezweige unter Staatskontrolle, hat

eiligeres zu tun hatten, als der Kapphände schnellen und ungehörigen Abzug zu sichern; 2. daß auch mitbeteiligte „sozialistische“ Minister von dem Bolschewistenrecht geplagt wurden und die Einigung des revolutionären Proletariats systematisch verhinderten.

Wir teilen aus dem interessanten Dokument die wichtigsten Punkte im Auszuge mit. Die Sitzungen vom 14. und 15. März sind ziemlich belanglos. In der Sitzung vom 16. März, 10 Uhr vormittags, äußert sich Reichsjustizminister Schiffer über die Lage; er urteilt über die Regierung in Stuttgart ziemlich hoffnungslos. Kapp könne durch den Generalstreik zwar erleichtert werden, aber bei vollem Erfolge des Generalstreiks werde der Bolschewismus da sein! Kapp wolle an seiner Person die Einigung nicht scheitern lassen, das sehe fest. Schiffer geht dann zu den Forderungen der Kappisten über und führt aus: Um Anordnung von Neuwahlen käme man jetzt doch nicht mehr herum. Die Wahl des Präsidenten durch das Volk sei durch die Verfassung vorgeschrieben. Ja, solle man da die Sache nur an dem formalen Punkte scheitern lassen, daß man mit der Regierung Kapp nicht „verhandeln“ wolle?

Unterstaatssekretär Göhre ist über die Stimmung in der organisierten Arbeiterschaft gut unterrichtet und lehnt in deren Namen jede Verhandlung ab. In ähnlichem Sinne äußert sich Unterstaatssekretär Heinrich Schulz, der aber betont, daß bei längerem Generalstreik die Truppe zerbröckeln und zu den „Spartakisten“ übergehen werde, was verhindert werden müßte. Schiffer weist nun auf den Widerspruch hin, der bestehe, daß nämlich die Reichsregierung den Generalstreik nicht wolle, die Rechtssozialisten ihn dagegen ausführen.

Der preussische Finanzminister Dr. Südekum macht die folgenden, höchst bemerkenswerten Ausführungen: Die Hauptsache sei, die Mehrheitssozialisten fernzuhalten von der Vereinnahmung mit den Unabhängigen, die ja mit den Kommunisten gleichzustellen seien. Für Verhandlungen mit den Kappisten ist dieser sonderbare Sozialdemokrat, dessen größte Sorge die möglicherweise eintretende proletarische Einheitsfront ist, auch nicht, er meint, daß Präsident Ebert noch soviel Ansehen unter den Arbeitern genießt, daß sie für ihn kämpfen. Um die Gefährlichkeit der Unabhängigen mit einer „Tat-sache“ zu belegen, führt Herr Schiffer aus, daß die Unabhängigen nach zuverlässigen Nachrichten die Truppen mit großen Geldmitteln bearbeiten. Man sieht, solch Blödsinn tobt sich nicht nur in den Spalten der reaktionären Presse aus, sondern er wird „zuverlässigen“ Nachrichten zufolge von ernsthaften „demokratischen“ Politikern geglaubt, wird als feststehende Tatsache im Reichsrat vorgetragen und spielt in den Entscheidungen über die hohe Politik eine hervorragende Rolle.

Unterstaatssekretär Jodel (Reichsjustizministerium) schlägt vor, eine Kommission von sechs Unterstaatssekretären anzunehmen, um an die Regierung Kapp heranzutreten. Minister Siegerwald führt aus, daß ihm im Laufe des Tages wiederholt nahegelegt worden sei, mit den Kappisten zu verhandeln, es drehe sich alles um den Punkt Amnestie. Der württembergische Generalleutnant Hildenbrand (Rechtssozialist) hält es für am besten, daß zwei bis drei Personen zu Ludendorff gehen und ihn veranlassen, wieder gutzumachen, was er hier angerichtet habe. Der Freisinnige Vorschlag laud inwiefern die Zustimmung der Mehrheit.

Am Nachmittage des 16. März, 5 1/2 Uhr, fand eine zweite Sitzung des Reichsrates statt. Unterstaatssekretär Lenz berichtet von der Besprechung, die die sechs Abgeordneten mit dem General v. Lüttich im Reichstagsgebäude gehabt hätten. Mit General v. Lüttich haben General v. Hülsen und Oberst v. Glawitz an der Besprechung teilgenommen. Unterstaatssekretär Lenz hat erklärt, es sei der Wunsch, den General v. Lüttich über die Stimmung der Beamtenenschaft zu orientieren und auf die ungeheuren Gefahren seiner Unternehmung aufmerksam zu machen. Es wurde dabei nur eine ungeheure Stärkung der bolschewistischen Richtung herankommen. v. Lüttich habe eine Geschichte

R. Lenin.

Werden die Bolschewiki siegen?

Übersetzt von Senipp. (6. Fortsetzung.)

Dieser „Staatsapparat“ (der nicht ganz passlich ist unter dem Kapitalismus, aber ganz passlich sein wird bei uns, unter dem Sozialismus) lassen wir „schonen“ und in „Bewegung setzen“ mit einem Schlag, mit einem Schlag, weil die tatsächliche Arbeit der Beschäftigten, Kontrolle, Verteilung und Berechnung hier von Angehörigen ausgeführt wird, deren Mehrzahl sich auf einer proletarischen oder halbproletarischen Stufe befindet. Diese Angehörigen kann man sich durch einen Schlag der proletarischen Regierung in die Stellung von Staatsbeamten überführen, ähnlich wie die Beschäftigten des Kapitalismus, Priester und andere bürgerliche Minister, mit einem Federstrich die proletarischen Minister zu Staatsbeamten machen. Wir werden sehr viel benötigte Staatsbeamte brauchen, sie sind auch leicht zu bekommen, denn der Kapitalismus hat die Funktionen der Berechnung und Kontrolle sehr vervielfacht, hat sie zu verhältnismäßig einfachen Einrichtungen reduziert, die jedem Kleinrentnerischen Menschen zugänglich sind. Die „Beschleunigung“ der ganzen Masse der Beamten, Exekutiv- und Justiz-Angestellten ist eine Sache, die ja wohl technisch (denn der für uns geübten Kontrolle des Finanzkapitals) als auch politisch, unter der Bedingung der Kontrolle und Aufsicht der Sowjets, vollständig durchführbar ist. Mit den höheren Angehörigen aber, die es nicht viel gibt, aber die zu den Kapitalisten gehören, wird man, genau so wie mit den Kapitalisten „Kampf“ bestehen müssen. Sie werden,

der Kapitalismus vorbereitet, hat in Deutschland der Junkerstaat durchgeführt und wird in Rußland vollständig durchführbar sein unter der Macht der Sowjets, der Diktatur des Proletariats. Diese Zwangs-Syndizierung wird uns einen modernen, universellen und unbürokratischen „Staatsapparat“ schaffen.*)

Die vierte Einwendung der Anwälte der Bourgeoisie: das Proletariat wird nicht imstande sein den Staatsapparat „in Bewegung zu setzen“. Dieses Argument stellt im Verhältnis zum vorhergehenden nichts neues dar. Des alten Apparates hätten wir uns natürlich weder bemächtigen, noch ihn in Bewegung setzen können. Der neue Apparat, die Sowjets, sind schon in Bewegung gesetzt „durch einen mächtigen Drang echter Volkshörigkeit“. Von diesem Apparat muß man nur jene Ketten entfernen, durch die er dank der Vorkherrschaft der sozialrevolutionären und menschenwissenschaftlichen Führer gefesselt ist. Dieser Apparat ist schon im Gang, man muß nur jene häßlichen Kleinrentnerischen Anhängsel entfernen, die ihn hindern, im Sturmschritt vorwärts zu gehen.

Wir müssen, um das Obengesagte zu ergänzen, zwei Umstände näher betrachten:

- 1. die neuen Mittel der Kontrolle, die nicht wie, sondern der Kapitalismus in seinem kriegs-imperialistischen Stadium ins Leben gerufen hat;
- 2. die Bedeutung der Verwirklichung des Demokratisms in Bezug auf die Verwaltung eines proletarischen Staats. (Fortsetzung folgt.)

*) Gemeint ist die Bedeutung der Zwangs-Syndizierung siehe in meiner Broschüre: „Wie sollen wir die drohende Katastrophe bekämpfen.“

Öffentlichen Gewalt in den Händen des zielbewußten Proletariats. Ohne diese Position, ohne den Kampf barium (das muß den Proletariern immer wieder gesagt werden), gelangt es nie in die Gefilde der neuen Welt. (Der Schluss des Artikels „Bilanz“ erscheint in der nächsten Nummer.)

Aus der Internationale.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Boykotts gegen Serbien-Ungarn.

Man kann die wirtschaftlichen Wirkungen des Boykotts, wie aus Ungarn berichtet wird, folgendermaßen zusammenfassen: Dem städtischen Konsumenten, also vor allem den Arbeitern, nützt der Boykott, indem er die Preise mancher landwirtschaftlichen Erzeugnisse, vor allem des Obstes und des Gemüses, gesenkt hat. Bei manchen Produkten, so zum Beispiel beim Kürbis, war der Preissturz so groß, daß die Bauern die Waren gar nicht mehr auf den Markt bringen. Nachdem aber der innere Markt wenig aufnahmefähig ist, können die Produkte auch zu den niedrigen Preisen nicht abgesetzt werden. Die Leidtragenden sind die Produzenten, die zumeist Bauern sind. Den Bauern wird es verheimlicht, daß es die ungarische Regierung und nicht der Boykott ist, der sie an der Ausfuhr der leicht verderblichen Lebensmittel hindert und ihnen also diesen Schaden zufügt. Die Unzufriedenheit der Bauernschaft ist aber trotzdem sehr groß und im Wachsen begriffen. Dies umsomehr, als die Preise der Industrieprodukte wieder um steigen. Die Händler halten die Waren zurück und die Knappheit, die infolge des Ausbleibens jeder Ausfuhr zunimmt, bewirkt das Steigen der Preise. Die Wirkungen für die Industrie machen sich erst langsam bemerkbar. In vielen Mähten kann mit der Vermahlung des neuen Getreides nicht begonnen werden; hier fehlt Kohle, dort ein Treibriemen, wieder anderswo ein Maschinenbestandteil oder anderes. Die Lederfabriken haben beschließen, ab 19. d. die Arbeit einzustellen, nachdem ihnen die Chemikalien, die zum Gerben benötigt werden, nicht beschafft werden können. Die größte Sorge bereitet aber der ungarischen Regierung die Frage der nahenden Weinlese. Der Wein kann nicht ausgeführt werden und neue Fässer fehlen, um den neuen Wein unterzubringen.

Die neue Regierung in Ungarn.

Meldung:
Die Kabinettsbildung Telsky ist bis zur Zusammenstellung der Ministerliste geblieben. Sie enthält — abgesehen von einigen durch persönliche Ambitionen veranlaßte Reserververbindungen — die gleichen Namen wie die bisherige Regierung und vertritt demnach auch dieselben Grundsätze.
Wie diese Grundsätze aussehen — weiß man ja zur Genüge!

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

Schlesischer Landbund Breslau, den 15. Juli 1920.
Zeb. Nr. L 4196/20.

Nicht für die Öffentlichkeit bestimmt!
Entschliessung:

Die immer näher rückende Gefahr des polnischen Bolschewismus — nach heutiger Zeitungsmeldung steht in Warschau der Ausbruch der Revolution dicht bevor — macht zum Schutz der Ostgrenze des Reiches die Bildung einer geschlossenen Abwehrfront der Bevölkerung in den Grenzprovinzen notwendig!

Die Bildung einer solchen wird unmöglich gemacht, wenn auf Grund der Unterzeichnung der Entwaffnungsbedingungen der Entente in diesen Grenzprovinzen zu einer Entwaffnung der allein auf Selbstschutz angewiesenen Landbevölkerung geschritten werden sollte. Aus diesem Grunde ist die schlesische Landbevölkerung nicht gewillt, auch nur eine einzige Waffe ihrer früheren Einwohnerwehr abzugeben.

Alle Kreiswirtschaftsverbände.

Vorstehende, in der gestrigen Vertreterfigur am 14. Juli 1920 gefasste Entschliessung überreichen wir ergebenst zur gefl. Kenntnis. gez. Böfker.

II.

Der Nationalverband deutscher Offiziere beschloß die nachstehende Kundgebung:

„Der Nationalverband deutscher Offiziere, in dem die nationalentschlossenen, noch altpreussisch-führenden Offiziere vereinigt sind, erhebt mit Entschiedenheit Einspruch gegen das schwächliche Verhalten der deutschen Regierungsveteräre in Spa. Entgegen allen ihren feierlich gegebenen Zusicherungen sind auch diese Vertreter Deutschlands wieder vor den Drohungen der Entente, genau wie die frühere Regierung, im entscheidenden Augenblick umgefallen. Der Nationalverband deutscher Offiziere fordert daher das gesamte deutsche Volk, soweit es noch national fühlt, auf, an allen Orten durch Beschlüsse und Entschliessungen zu bekunden, daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, diese verhängnisvollen Handlungen seiner Vertreter als seine eigene Willensmeinung anzuerkennen.“

III.

Der allgemeine Studentenausschuß der Universität Tübingen verbreitet Aufforderungen zum Eintritt in die Studentenkompanien der Einwohnerwehren. Es zirkulieren in den Hörsälen Einzeichnungslisten mit folgendem Anschreiben:
An die Freistudenten der Universität Tübingen!

Kommittionen!

Die Unsicherheit der Lage im Innern unseres deutschen Vaterlandes lastet schwer auf uns allen. Darum ist der Eintritt in die Studentenkompanien der Einwohnerwehr nötig. Viele Freistudenten sind ferner nicht in die Studentenkompanien der Einwohnerwehr eingetreten aus Abneigung gegen Beteiligung an einer Organisation, die von den Korporationen ausgeht. Jetzt sollen Freistudentenkompanien

gebildet werden. Jeder alle, seine Pflicht zu tun, indem er sich einträgt in die im Kolleg im Umlauf befindlichen Listen oder in die im Geschäftszimmer des Afta ausliegende Liste.

IV.

Die Berliner „Freiheit“ stellt folgendes fest:
In Berlin befinden sich auf den Bahnhöfen geheime Werbebureaus, die entlassene Soldaten auf die pommerischen und märkischen Güter verschicken. Erst am Dienstag hat die Berliner Polizei 22 Mann, die von dem berechtigten Hauptmann Pfeiffer in Dielefeld angeworben waren, festgehalten und der Kommandantur zugeführt. Das Werbebureau auf dem Stettiner Bahnhofe wird von einem Leutnant v. Below geleitet, der auch die gefälschten Fahrscheine ausfüllt und namentlich unterschreibt. Vom Sennlager aus betreibt die Schiebungen zurzeit ein Leutnant namens Schmoer, der ebenfalls mit gefälschten Urlaubsscheinen arbeitet.

V.

Nach wie vor bleiben in Deutschland die Mörder und Massenmörder pazifistischer und revolutionärer Vorkämpfer straflos. Am 8. März war in Osnabrück in einer Versammlung der Friedensgesellschaft der Sohn des Vorsitzenden der Friedensgesellschaft durch den Revolvererschuß eines Angehörigen des Freikorps Lichtschlag schwer verwundet worden. Der Beschuldigte, ein Mann namens Esser, wurde am 20. Mai d. J., nachdem er vor Zeugen ein Geständnis abgelegt hatte, verhaftet, am 21. Mai aber wieder entlassen, da Blutverderb gegen ihn „nicht vorliegt“. Dem Verletzten wurde am 4. Juli vom Gericht der Reichswehrbrigade 10 mitgeteilt, daß das Verfahren in seiner Angelegenheit eingestellt werde, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher „ohne Erfolg“ geblieben seien. Weitere Ermittlungen werden als „ausichtslos“ betrachtet, da das Reichswehregiment 107, das ehemalige Freikorps Lichtschlag inzwischen aufgelöst und die Mannschaften zum großen Teil entlassen seien.

VI.

Im Saargebiet haben die Behörden für Milch einen Erzeugerhöchstpreis von 2,25 Mark pro Liter festgesetzt. Das hat eine landwirtschaftliche Organisation, die „Freie Bauernschaft“ auf den Plan gerufen. Diese hat 2,50 Mark pro Liter verlangt und erläßt nun, nachdem ihre Forderung abgelehnt worden ist, einen Aufruf an die Bauern, in dem diese aufgefordert werden:

„Milcherzeugung einschränken! Grünfütter zu Heu machen, das Heu verkaufen! Kein Kraftfutter kaufen! Vorhandenes Kraftfutter nicht an die Milchkuhe verfüttern! Vereitelt euch vor, euren Betrieb umzustellen, d. h.: Vereitelt euch vor, die Milchkuhe allmählich abzuschaffen und an deren Stelle Rinder usw. zu halten und Futter zu verkaufen. Gebt dem Vieh Stroh zu fressen und die Milch wieder zu kaufen, dann könnt ihr euer Grünfütter ganz sparen! Milchverbrauch im eigenen Haushalt vergrößern. Milch und Kartoffeln sollen unsere Hauptnahrungsmittel sein. Bauern, trinkt Milch zu euren Kartoffeln! Bauern, macht Käse und eßt Käseschmier zu euren Kartoffeln. Käseschmier aus Vollmilch schmeckt besser als aus Halbmilch. Macht Handläse. Abends ein Käsebrot nach der Kartoffel-Suppe schmeckt gut, noch besser, wenn der Handläse aus Vollmilch gemacht ist!“

VII.

Die agrarische Presse tobt, daß die völlige Erfüllung der Wünsche der ostelbischen Agrarier in der Frage der Erhöhung der Getreidepreise verhindert worden ist. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Zusammenfassend ist also festzustellen, daß aus Erwägungen, die mit tatsächlichen, sachlichen Gründen nichts zu tun haben, der Landwirtschaft in der Frage der Preisgestaltung abermals eine Behandlung zuteil geworden ist, die sie als wirtschaftlichen Partia im deutschen Volk erscheinen läßt. Während ringsum alles, was produziert und mehr noch, was nur verkauft, zum Teil phantastische Gewinne erzielt, wird der Landwirtschaft die Erfüllung von Zusagen, auf die sie seit Beginn des Frühjahres ihre Wirtschaft eingestellt hat, vorenthalten, wird ihr zugemutet, zu einem erheblichen Teil unter den Herstellungskosten zu produzieren. Und das geschieht wider die bessere Ueberzeugung der berechtigten und fachverständigen Stellen, wie die Unterbietung der eigenen Ankündigung des Ernährungsministers klar und unwiderleglich beweist.“

VIII.

„P. P. N.“ melden aus Köln, daß infolge Weigerung der Arbeiter der Maschinenbauanstalt Humboldt, das Zeitarbeitsystem einzuführen, ungefähr 3600 Arbeiter entlassen worden sind. Die Zeitung der Fabrik gibt gegenüber der Absicht der Arbeiter, trotz der Entlassung die Arbeit fortzusetzen, bekannt, daß von Stunde der Entlassung an keinerlei Lohnauszahlungen mehr erfolgen.

(Die Chronik wird fortgesetzt.)

Deutschnationale Fantasten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom 17. Juli eines der üblichen Protokolle über geplanten unabhängig-sozialistischen Landesverrat in Verbindung mit der Frage der Räterepublik. Diesmal sollen also am 26. Juni in einem Grefelder interalliierten Büro militärische Vertreter Frankreichs und Belgiens mit Vertretern der U. S. P. aus dem Rheinland und Anhängern der Rheinrepublik-Bestrebungen Dr. Dörrens über die „Zusammenfassung der sozialistischen Bewegung im Reich (besetztes und unbesetztes Gebiet) und die Bestrebungen der Herren Dörrens und Rastert“ verhandelt haben. Es soll unter französischem bzw. belgischem Protektorat eine Räterepublik ausgerufen werden und zwar in Hamburg. Da Mitteldeutschland (das natürlich nicht fehlen darf) noch nicht „fertig“ sei, müsse man mit der Proklamation einwillen noch warten. Usw. usw.

Man wird nicht recht schlau aus den Angaben des Protokolls der „Deutschen Tageszeitung“. Das ist aber

auch nicht notwendig, da Bismarck eben Bismarck bleibt, auch wenn er methodisch geordnet wird. Wir würden überhaupt nicht davon Notiz nehmen, wenn nicht eben die Verbreitung solcher Lügennachrichten (aus der Lügenzentrale „Deutsche Wirtschaftshilfe“, Berlin, Branzenburgerstr. 67) über die U. S. P. und die revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt planmäßig von der Reichspresse zum Zweck der Arbeiterhege betrieben würde.

Kapitalistische Wirtschaft.

Genosse Eugen Prager, Redakteur der Berliner „Freiheit“.

Schreibt in der „Leipziger Volkszeitung“:

Konzentration des Kapitals.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß sich in Luzern eine Aktiengesellschaft für Industriewerte gebildet hat, der neben schweizerischen, belgischen und estnischen Persönlichkeiten die Aktiengesellschaft Julius Sichel u. Co. in Mainz sehr nahesteht. Diese neue Gründung ist der Deckmantel für einen großen Industriekonzern, der eine Reihe von Betrieben besonders in Rheinland und in Belgien umfaßt. Die Firma Sichel bringt als wichtigstes Gut haben die Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenkonstruktion vorm. Hilgers in Rheinbrohl mit. Mit einer großen belgischen Gesellschaft war sie schon früher eng verbunden.

Auch in anderen Industrien sind schon in zahllosen Fällen ähnliche Verbindungen mit ausländischen Unternehmungen abgeschlossen worden. Am bekanntesten ist die Beteiligung amerikanischer Kapitals an der deutschen Elektro-Industrie, besonders bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, am Siemens-Schuckert-Konzern und bei der Felten und Guilleaume-Karlsberg A.-G. In der Gummiindustrie ist es die Continental-Compagnie in Hannover, das größte deutsche Werk dieser Branche, an der ausländisches Kapital in beträchtlichem Umfange beteiligt ist. Besonders zahlreich sind die Abmachungen mit ausländischem Kapital im Versicherungsgewerbe; so bei der Seefahrt-, Transport- und Rückversicherungsgesellschaft A.-G., bei der „Helios“-Versicherungsgesellschaft in Köln, bei der „Nordstern“-Transport-Versicherungsgesellschaft in Berlin. Auch die Automobilindustrie ist mit dem ausländischen Kapital verbunden. So vor allem die Fahrzeugfabrik Ansbach-Münsterberg, die sich jetzt Faunwerke nennt.

Die größte Aufmerksamkeit haben in der jüngsten Zeit die Verhandlungen gefunden, die von den großen Reedereigesellschaften mit amerikanischem Kapital geführt worden und die zum Teil schon zum Abschluß gekommen sind. Die Hamburg-Amerika-Linie, das größte deutsche Schiffsahrtsunternehmen, hat mit der Newyorker Bankfirma Harriman Co. eine Vereinbarung getroffen, durch die ein vollkommenes Zusammenarbeiten beider Kontrahenten geschaffen worden ist. Der Norddeutsche Lloyd ist mit Verhandlungen, die sich in ähnlicher Richtung bewegen, noch nicht zu Ende, aber es darf angenommen werden, daß auch sie zu festen Vereinbarungen führen werden.

Gute Vorarbeit zu der internationalen Vertrauensstellung des Kapitals wird in Deutschland selbst geleistet. In unablässiger Folge vollziehen sich in der deutschen Industrie Verschmelzungen, Konzentrationen, Kapitalerhöhungen. Herr Stinnes selbst ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist. Ein ähnliches Beispiel bieten die Nachrichten über die in aller Stille durchgeführten Pläne der Familie Stumm, der Könige von Saarabien. Wie die Schiffsahrtsgesellschaften bei der Auslieferung der deutschen Fahrzeuge an die Entente, so haben auch die Industriellen Lothringens und des Saargebietes bei der Ueberführung ehemals deutscher Werke in französische Besitz glänzende Geschäfte gemacht. Sie bekamen die Abfindungen in Frankenwährung und bei der Umrechnung in deutsche Valuta sind ihnen so ungeheure Summen in die Hände gefallen, daß sie damit die weitestgehenden Pläne verwirklichen können. Es gibt zwei Firmen Stumm; die eine, die in Reutlingen ihren Sitz hat, steht zu 60 Prozent unter dem Einfluß einer französischen Gruppe, die Mitglieder der Familie Stumm besitzen von diesem Unternehmen 40 Prozent der Anteile. Die andere Firma oder vielmehr ein Firmenkonzern, der im Besitz der Familie Stumm sich befindet, hat ihr Tätigkeitsgebiet zumeist nach Rheinland-Westfalen verlegt. In der „Vossischen Zeitung“ war jüngst eine Aufstellung von Beteiligungen des Stumm-Konzerns gegeben worden. Stumm kontrolliert jetzt die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke, das Annener Gußstahlwerk, die Vereinigten Press- und Hammerwerke in Dabhausen-Dielefeld, die Chemische Fabrik in Brakwede bei Dielefeld, das Stahlwerk Delling, die Eisenindustrie in Mendon und Schwerte, die Westfälischen Eisen- und Drahtwerke in Herne bei Langendreer, die Aplerbecker Hütte, drei Eisensteingruben, die Zeche Margarete, das Gußstahlwerk Witten, die rheinisch-westfälische Bauindustrie A.-G. in Düsseldorf, die Schiffswerft Friedrich u. Co. in Einwarden, die Norddeutsche Hütte in Diebshausen bei Bremen, die Seinkohlengruben Admiral und Minister Achenbach, die Deutsche Lastwagen-Automobilfabrik A.-G. in Ratingen und die Metallgießerei A.-G. in Köln-Ehrenfeld. Der Stumm-Konzern verfügt damit über alle Arten der Produktion von der Erzeugung von Rohstoffen bis zur Herstellung von Schiffen und Automobilen. Er besitzt Hochöfen, Walzwerke, Hammerwerke, Gießereien, Drahtziehereien, er kann seine Hoch- und Tiefbauten durch einen eigenen Großbetrieb ausführen lassen. Es fehlt nicht mehr viel dazu, daß sich die Tätigkeit des Stumm-Konzerns auch auf alle übrigen Gebiete der Produktion ausdehnt, wie es durch den Stinnes-Konzern bereits geschieht.

Vor einigen Tagen hat sich wieder ein neuer Kapitalriege gebildet, und zwar durch eine Interessengemeinschaft, die die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. miteinander eingeeignet sind. Gelsenkirchen besitzt eine Anzahl der wich-

Wichtigsten Zeichen des Ruhrgebietes, besonders in der Gegend um Dortmund. Bei Luzemburg dagegen tritt der Gültnerbetrieb mehr in den Vordergrund. Zu diesem Konzern gehören eine Reihe von Eisenbetrieben, von denen besonders die Dortmunder Union und deren Abteilung Kote Erde zu erwähnen sind. Um welche Kapitalien es sich bei diesem Konzern handelt, geht schon aus dem Geschäftsbericht von Gelsenkirchen hervor. Die Gesellschaft hat im vorigen Jahr einen Rohgewinn von über 36 Millionen Mark erzielt, aus dem sie einen Gewinn von 11 Prozent verteilen kann.

Wichtige Vorgänge sind in der Spiritus- und Bierindustrie zu beobachten. Ueber die Vereinigung der Bierbrauereien Schulltheiß und Pagenhofer in Berlin ist bereits berichtet worden. Besonders bemerkenswert ist jetzt, daß sich solche Verschmelzungen nicht nur innerhalb der Brauindustrie selbst, sondern auch in Verbindungen von Brauereien und Spiritusfabriken vollziehen. So hat sich die Breslauer Spiritusfabrik A. G. mit der Haase-Brauerei in Breslau verbunden. Beide Betriebe sind die größten Unternehmungen ihrer Branchen in Ostdeutschland. Eine andere Gesellschaft, die Spiritusfabrik, hat sich Destillationen und Weingeschäfte angegliedert, sie hat die bekannte Spiritusfirma Kahlbaum übernommen, sie will jetzt auf das chemische Gebiet übergreifen und sich besonders der Teer-Produktenverarbeitung annehmen.

Handelsmeldung:

Das Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhils-Friedenshoffnung in Waldenburg wird in den Besitz der Oberschlesischen Eisenindustrie A. G. (Caro-Hegenschmidt) übergeben. Bereits vor einiger Zeit hat die Akt.-Ges. Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken die Majorität der Weißsteiner Fuchsrube-Kunze erworben.

Abermals neue Kohlen-Preiserhöhung.

Offen (Ruhr). In der Mitgliederversammlung des Kohlenyndikats wurde beschlossen, dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. August d. J. vorzuschlagen. — So sieht die Sozialisierung der Kohle aus!

Locales.

Breslau, den 22. Juli.

Die „Volkswacht“ schändet Rosa Luxemburg.

Auf das in Nummer 79 unserer Zeitung (Sonntagsnummer) veröffentlichte Zitat Rosa Luxemburgs „Die verfrähte Revolution“ antwortet das hiesige Blatt zur Zerrückung der Interessen des verdächtigten Volkes in seiner bekannten wissenschaftlich und politisch hanebüchernen Weise. Es versucht, Rosa Luxemburg zum Vorwand für die erbärmliche, programm-verräterische Koalitionspolitik der S. P. D. zu benutzen und gegen die prinzipielle, antibürgerliche Politik der U. S. P. auszumachen. Es ist zum niederem, es ist zum heulen, mit welcher idiotisch-demagogischer Gemeinheit die Herren von der Graupenstrasse Rosa Luxemburg schändet. In unserer nächsten Ausgabe (Platzmangel verhindert es heute) kommen wir ausführlich auf diese Fälle rechtssozialistischer Gesinnigkeit zurück, bemerken aber schon heute, daß es sehr schade ist, daß Rosa Luxemburg,

die bekanntlich mit Hilfe der Rechtssozialisten ermordet wurde, nicht selbst auf diese rechtssozialistische Blüte antworten kann. Es würde eine Antwort sein, daß den Graupenstrassen-Schurnalisten hören und sehen verging.

Selbstverständlich!

Die „Volkswacht“ berispielt über die Stellungnahme der Vertrauensleute und Betriebsräte des Metallarbeiterverbandes zum Schiedspruch über den Lohnabzug des Lohnanteils. Sie meldet:

Zu diesem Schiedspruch nahmen am Sonnabend Abend die Vertrauensleute und Betriebsräte des Metallarbeiterverbandes Stellung. Der Kollege Wierlich berichtete eingehend über den Gang der Verhandlung. Die Ansprache gestaltete sich in sehr sachlicher Form in lebhafter Weise. Immer und immer wieder wurde betont, daß unter den jetzigen Verhältnissen an einen Abbau der Löhne nicht gedacht werden kann, wenn nicht vorher in allen andern Artikeln ein Abbau kommt. Vom Kollegen Rother, Hühne u. a. wurde hervorgehoben, daß die Lohnkommission und die Verbandsleitung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben (II) und unter allseitiger Zustimmung das volle Vertrauen (III) ausgesprochen.

Sodann wurde gegen 19 Stimmen beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Dadurch haben die Metallarbeiter gezeigt, daß sie bereit sind, den wirtschaftlichen Frieden hochzuhalten.

Dieser Ausgang haben wir uns bald gedacht. Hoch die Vertrauensleute und Betriebsräte des Metallarbeiterverbandes mit Herrn Wierlich an der Spitze!

Resolution.

In der Erwerbslosen-Versammlung am Mittwoch wurde folgende Resolutionen angenommen:

Die im Zirkus Busch versammelten Erwerbslosen protestieren sowohl gegen die Ungerechtigkeiten im hiesigen Arbeitsamt und in der Erwerbslosenfürsorge, als auch gegen verschiedene Punkte in der neuerdings von der Reichsregierung erlassenen Erwerbslosenfürsorge-Ordnung.

Die Erwerbslosen fordern:

- 1. Sofortige Arbeitsbeschaffung bei Mithilfe des Erwerbslosenrats, Abschaffung der Ueberstunden, Entlassung nicht auf Erwerb angewiesener Personen und Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe.
- 2. Aufhebung der Verordnung, wonach die Unterstützung nur 26 Wochen gewährt wird, Nichtanrechnung der Renten Kriegsbeschädigter und -Dienstreisender.
- 3. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf mindestens 10 Mark pro Tag für Ledige; Zulage für die Frau 3 Mark und für jedes Kind 2 Mark. Für diejenigen, die schon länger als 3 Monate arbeitslos sind, eine sofort zu zahlende Beschäftigungsbefreiung für Verheiratete 400 Mark, für Ledige 200 Mark oder Gewährung von Entschärfungen auf billigere Lebensmittel usw.
- 4. Anerkennung des Erwerbslosenrats dadurch, daß er zu allen die Erwerbslosen angehenden Maßnahmen mit hinzugezogen wird, auch zur vorläufigen Mitarbeit im Arbeitsamt, Erwerbslosenfürsorge-Ausschuß, Ermittlungsdienst und Demobilisierungsausschuß.

In den letzten Tagen demonstrierten zahlreiche Erwerbslose mehrmals vor dem Rathaus und anderswo zwecks Erfüllung ihrer allzu berechtigten Forderungen. Natürlich war alles erfolglos. Der Magistrat hatte für sie nur eine freche lange Rede übrig. Jetzt bröht er auch noch die Polizei auf sie. Das hiesige Presseamt verbreitet nämlich folgenden Bericht:

Eine Gruppe von mehreren hundert Erwerbslosen versammelte am Dienstag vormittag, während der Magistrat im Rathaus eine Sitzung abhielt, eine Kundgebung vor dem Rathaus. Es wurden von ihnen zwei Abordnungen entsandt, deren Ermächtigung jedoch vom Magistrat abgelehnt werden

musste, weil er sich von einer demonstrierenden Volksmasse in seiner Arbeit nicht stören, geschweige denn sich von ihr durch Anwendung terroristischer Mittel zu irgendwelchen Beschlüssen drängen lassen kann. Die Sicherheitswehr räumte bald darauf, ohne Widerstand zu finden und ohne ihrerseits Gewalt anzuwenden, den Ring. Diese neuerlichen Vorkommnisse haben indes dem Magistrat Veranlassung gegeben, an den Polizeipräsidenten mit der Forderung heranzutreten, daß unverzüglich alle für die Ordnung und Ruhe der Stadt notwendigen Vorkehrungen getroffen und daß ebenso unverzüglich alle diejenigen Maßnahmen ergriffen werden, deren die Stadtverwaltung zur ungehinderten Fortführung ihres auf das Gemeinwohl gerichteten Tätigkeits unbedingt bedarf.

Wir haben bis jetzt noch nicht gehört, daß der Magistrat auch nur ein Wort zur Stilllegung der Betriebe seitens der Unternehmer, des Profites wegen, fand. Die Not der Erwerbslosen läßt ihn kalt. Er trägt für das „Gemeinwohl“ — der Kapitalisten. Den Erwerbslosen läßt er durch die Polizei (vielleicht Maschinengewehre?) das Wohl zuteil werden. — Was sagen die S. P. D.-Stadtverordneten zu diesem auf das Gemeinwohl der Kapitalisten bedachten Magistrat?

Entlassungen bei Remna.

Wie wir hören, entläßt die Firma Remna in aller nächster Zeit ca. 200 Arbeiter und 60 Angestellte. Auch andere Betriebe stehen vor Einschränkungen und Schließungen.

Genossen!

Heute abend veranstalten die Rechtssozialisten mehrere Versammlungen, in denen sie höchstwahrscheinlich — wie in Flugblättern, die sie jetzt in Massen verbreiten — eine wäcker-demagogische Hege gegen die U. S. P. betreiben werden, weil unsere Partei nicht in die bürgerliche Koalitionsregierung eingetreten ist.

Genossen!

Besucht diese Versammlungen! Stört sie nicht, sondern nehmt in der Diskussion das Wort und bleibt sachlich. Lebt den Versammelten den Brief vor, den der Parteivorstand der S. P. D. gleich nach den Wahlen an die rechtssozialistische Presse gerichtet hat, der in Nr. 74 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Juli abgedruckt ist und das schamloseste Schieberdokument darstellt, das je im politischen Leben vorgekommen und die S. P. D. für immer kompromittiert. Reißt den Demagogen die Maske vom Gesicht!

Montag, den 20. Juli, abends 7/8 Uhr, Follver- sammlung der politischen Arbeiterräte im D. K. (rote Diele). Wegen der wichtigen Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig. Der Vollzugsrat.

Die Versorgungsstelle I Breslau, Ohlauer Straße 46a, führt von jetzt ab die Bezeichnung: Versorgungsamt I Breslau.

Das Ehrenbild „Gib mich frei“, welches im Schiedsverder an sechs Abenden ausverkauft war, wird am Sonntag im Zirkus Busch noch einige Tage zur Ausführung gelangen. (Siehe Inserat)

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Albrich; Druck: Buchdruckerei Küffel & Daniel, sämtlich in Breslau

In den Fabriken, Werkstätten, und Kantinen
muß jeder Genosse neue Leser für die „Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

Stadttheater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male:
Hänschen.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Lehrscheitel.
Komodie in 4 Akten von
Ludwig Erdk.

Johr-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Hedda Gabler.

Chelie-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Sontsche Gabel.

Schauspielhaus.
Operettenhalle N. R. 25/6
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Schallenden Akten.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der Graf
von Luzemburg.
Comödie und Lustspiel
7 1/2 Uhr:
Sine Sobell
die Gängerin.
Comödie in 3 Akten. 7 1/2 Uhr:
Schwarzwalddädel.

Viktoria-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Alma, wo wohnt Du?

Zeltgarten
Dir. Hans Krüsk
im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ab 16. 7. 20.
das neue
Schlager-
Programm!

Der Tod des Andern.
Amerikanisches Detektiv-
Drama in 4 Akten mit
Alwin Neuß,
Hedda Vernon.
Ferner:
Dunkle Mächte
Kriminal - Roman
in 5 Akten.
Dazu das
Glänzende Beiprogramm.

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Zur
wilden Himmels
Operettenposse in
3 Akten
mit Paul Westermeyer
Betty Feiser
und Berliner Original-
Besetzung.

Altimetalle
kauft und zahlt
höchsten Preis
Otto, Köhlerstr. 8.

Inferate
größten Erfolg.

Uhren
kauft od. repariert
ber. polnischen Uhrwerke. Vollständiges Erfüllen
Fels, Paradiesstr. 6

Zirkus Busch
Gebäude (Dir. Paul Wache)
Ab Sonntag, den 25. Juli u. folgende Tage
Nur noch einige Gastspiele.
Gib mich frei.
Das größte Schlüsselspiel der Gegenwart in 5 Akten.
Die Vorstellung findet im Messerhaus auf der zu
Giesen Zwecke neuangelegten Theateranlage statt.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf im Verkehrsbüro Karstadt u. Zirkus Busch.
Niemand versäume sich rechtzeitig Plätze zu sichern.

Kabarett Kakadu
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.
Heute und folgende Tage:
Großer Soubretten-Wettstreit
um den goldenen Kranz
Anfang 8 Uhr. Noch nie dagewesen! Anfang 8 Uhr.

Herrn-Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
selbst preiswert
Julius Schneider & Co.
Breslau
Albrechtstrasse 14.

Altimetalle
kauft und zahlt
höchsten Preis
Otto, Köhlerstr. 8.

Uhren
kauft od. repariert
ber. polnischen Uhrwerke. Vollständiges Erfüllen
Fels, Paradiesstr. 6

Der gute HENNIG-CREME
in bester Qualität wieder erhältlich in
den einschlägigen Geschäften und bei
H. Hennig, Hinterbleiche 5/6.

Achtung! Wo?
kauft man denn und geht.
Nebel sowie ganz Er-
richtungen zu hängen
und vertrieben werden?
Bei **H. Kluge**,
Niemkestr. 12, nur I. Egl.
Reparatur-Anstalt v. Eren
Frikel, Hirschstr. 4.

Kranke
Harndröhen-, Haut- und Ge-
schlechtskrankte behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von ausge-
heilten Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke,
Pa. mstr. 22, II. Tel. Ohle 1924.
9-1 3-7, Sonntags 9-12.

Achtung!
Bresse-Kommission
Donnerstag, den 24. Juli, abends 5 Uhr,
Reißiger Loggia. Erscheinen ist Pflicht.

Achtung!
Montag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, findet
eine
unvergessliche Frauen-Versammlung
im Lokal „Zum goldenen Schwan“ Kupferstraße-
haus 24, statt.
Tagesordnung:
1. Wahl der Kommissionsmitglieder. 2. Bericht. 3. Dis-
kussion. 4. Beschluß.
Erfahrungsaustausch Mitglieder Pflicht. Genossen
und Frauen, welche sich in der U. S. P. angeschlossen haben
möchten, sind herzlich willkommen.
Die Erbenfamilie. A. Brockel.

Achtung Genossen!
Der Bildungsausschuß findet am Sonntag, den
24. Juli, abends 7 Uhr, im Pachtlokal statt.
Der Ortsrat.
Die Distriktsführer werden gebeten, möglichst
früh zur Besprechung zu erscheinen, um den Maximaler-
trag festzusetzen.
Freitag, den 21. Juli, 8 Uhr abends in den
Eisenplan.
U. S. P.-Koalitions-Sitzung
ber. polnischen Uhrwerke. Vollständiges Erfüllen
Fels, Paradiesstr. 6

Parteigenossen!
Einer unserer besten und thätigsten Genossen aus
der Provinz ist durch ein bedauerliches Mißgeschick, durch
einen raschverlaufenden Einbruch seiner gesamten Habe und
seines Habesandes herabsturz worden. Er steht jetzt
völlig mittellos da und ist es für uns selbstverständliche
Pflicht, dem Genossen helfend beizustehen. Wir richten
deshalb die dringende Bitte an Euch, zugunsten des so
schwer Geschädigten sogleich eine freiwillige Samm-
lung aufzunehmen und die gesammelten Beträge sofort
unserm Postkassenkonto (Willy Ziegler Nr. 31-917) mit
dem Vermerk „Provinz-Hilfe“ überweisen zu wollen.
Parteigenossen! Habt Solidarität! Alle Orts-
gruppenvorstände werden ersucht, umgehend Sammel-
listen auszugeben.

Bezirksleitung Schlesien, Ziegler.

District 7.
Freitag, den 23. Juli fällt die Districts-Versammlung wegen der öffentlichen Versammlung im Kronprinzen aus. Nächste Districts-Versammlung Freitag, den 30. Juli. Der Districtsführer.

District 9 und 9a.
Infolge der öffentlichen Versammlung fällt die Districtsabend am Freitag aus. Der Districtsführer.

District 12.
Donnerstag abends 7 1/2 Uhr,
Districts-Versammlung.
Referent anwesend. Districtslokal: Zischergasse 24 bei Süßig.

District 14.
Weinstraße 21, Refektor. z. Eisenhütte, Arg. Schmidt.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag abends 7 Uhr.
Der Districtsführer.
Distiktung.
• Vom District 4 gingen 50 Mk. als Schenkungsbeiträge für den Preisfonds ein.
Achtung! Kreis- und Ortsgruppenvorstände.
Es wird ersucht, alle Gelder für den Bezirk nur auf das Sparkassenkonto Willy Ziegler, Nr. 31910 einzulegen und nicht an den sozialistischen Verlag, da sonst erst wieder eine Ueberprüfung stattfinden muß.
Bei Einwendung ist anzugeben, ob die Summe für die Beitragsmarken, Wahlfonds, Kampffonds usw. bestimmt sind.
Die Bezirksleitung
Ziegler.